

**Antworten von der Partei Bündnis 90/Die Grünen auf die Wahlprüfsteine
des Deutschen Raiffeisenverbandes**

- 1. Welche Bedeutung hat für Sie die Rechtsform der Genossenschaft in der wirtschaftlichen Entwicklung ländlicher Räume und mit welchen Maßnahmen möchten Sie die positive Entwicklung von Genossenschaften fördern und die Rechtsform stärken?**

Ländliche Räume sind für uns grüne Zukunfts- und Chancenräume. Die Menschen vor Ort sollen mitentscheiden und davon profitieren können. Deswegen unterstützen wir insbesondere Genossenschaften und Sozialunternehmen, weil sie gesellschaftliche Anliegen mit unternehmerischem Handeln verbinden. Dazu gibt es in einigen Bundesländern, in denen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Teil der Regierung sind, gesonderte Programme zur Genossenschaftsförderung. Auf europäischer Ebene wollen wir Förderansätze wie LEADER zur Unterstützung ländlicher Regionen und den Multifondsansatz in der Strukturpolitik weiter stärken.

- 2. Wie werden Sie gewährleisten, dass neue Regelungen zur Grünen Taxonomie bzw. Sustainable Finance die Kreditversorgung der Land- und Ernährungswirtschaft nicht gefährden und das Genossenschaftsmodell als besonders nachhaltige Wirtschaftsform anerkannt wird?**

Die grüne Taxonomie der EU ist ein Mittel, um die Finanzierung umweltverträglicher Wirtschaftsaktivitäten zu unterstützen. Deshalb bleibt es falsch, Atomenergie und Erdgas als nachhaltig einzustufen. Nachhaltigkeit ist aber komplexer als ein binäres Ja oder Nein, denn dafür brauchen wir auch starke und innovative Zulieferer, zum Beispiel für E-Autos oder Windräder, die bisher in der Taxonomie nicht erfasst sind. Das wollen wir zukünftig besser abbilden. Wir wollen bei der grünen Taxonomie weitere Abstufungen ergänzen, damit Investitionen in den Übergang in eine nachhaltige Wirtschaft ausreichend finanziert werden. Darüber hinaus wollen wir die Vorschläge der EU-Kommission zur Ausgestaltung sozialer Instrumente, etwa einer sozialen Taxonomie, aktiv begleiten, um Investitionen auch stärker in soziale Sektoren zu lenken. Die Interessen genossenschaftlicher Bereiche sollen dabei besonders berücksichtigt werden.

- 3. Wie werden Sie die Notwendigkeit einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung mit den ambitionierten Klimazielen der EU in Einklang bringen, um Wettbewerbsgleichheit der Unternehmen innerhalb der EU zu gewährleisten und europäische Unternehmen im internationalen Wettbewerb zu stärken?**

Als GRÜNE arbeiten wir daran, Erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu fördern. Im Europaparlament haben wir mehr Tempo beim Ausbau neuer Anlagen beschlossen und

die Fristen für die Genehmigung für Windkraftanlagen auf 6 Monate und für Solaranlagen auf lediglich 1 Monat verkürzt. Wind- und Solarenergie wächst dadurch in Europa so sehr wie noch nie. Strom aus Sonne und Wind sind die günstigste Form der Stromerzeugung und sorgen seit dem Wegfall der russischen Gasimporte für ein stabiles und sicheres Stromnetz. Damit unsere Industrieunternehmen schnell und kosteneffizient ihre Produktion klimaneutral umrüsten, wollen wir Klimaschutzverträge und ein umfangreiches Investitionsprogramm anbieten. So können wir international Vorreiter einer zukunftsfesten Industrie werden und gleichzeitig handlungsfähig auf dem Weltmarkt bleiben. Wir sorgen dafür, dass grüner Stahl und CO₂-reduzierter Beton bald überall verbaut werden können und schaffen so langlebige und gute Arbeitsplätze.

4. Welche bürokratiesenkenden Maßnahmen planen Sie in der kommenden Wahlperiode für die Agrar- und Ernährungswirtschaft insbesondere für KMU und wie stellen Sie sicher, dass wichtige Nachhaltigkeitsprojekte (bspw. CSDDD, EUDR, Taxonomie) nicht zu einem weiteren Bürokratieaufwuchs führen?

Die hohen Standards in Europa dienen einer einheitlichen, gesundheitlich sicheren, industriellen Ansprüchen genügenden Verarbeitung von Lebensmitteln. Also für eine hoch entwickelte Lebensmittelindustrie. Auch das EU-Lieferkettengesetz und das Gesetz für entwaldungsfreie Lieferketten sollen dazu führen, dass europäische Landwirt*innen nicht mit billigen Produkten aus dem Ausland konkurrieren müssen, die anderswo Menschenrechte verletzen oder unsere Lebensgrundlage zerstören. Damit aber haben kleine und mittlere Unternehmen sowohl in Europa als auch in weniger entwickelten Ländern ein Problem. Will man regionale Verarbeitung und Handwerk fördern, so darf handwerkliche Produktion keine wohlwollend geduldete Nischenproduktion sein. Sie sollte als Rückgrat und Wertschöpfungsfaktor in der Region wahrgenommen und gefördert, statt behindert werden. Wir wollen für eine faire Gleichstellung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und lokaler Produktion gegenüber dem weltweiten Wettbewerb angepasste flexible Standards entwickeln und umsetzen, regional, auf EU-Ebene und international.

5. Welche Schwerpunkte wollen Sie bei der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2027 setzen und werden Sie hierbei die besondere Situation der Erzeugerorganisationen Obst und Gemüse berücksichtigen sowie die bestehenden Junglandwirteförderung in juristischen Personen ausbauen?

Wir wollen die Landwirtschaft im Einklang mit der Natur stärken. Daher muss die EU-Agrarpolitik (GAP) unbürokratisch Leistungen für den Erhalt der Natur und der Kulturlandschaft vergüten. Statt der flächenbezogenen Direktzahlung, die Fehlanreize setzt und nicht zielgerichtet zu einer zukunftsfähigen landwirtschaftlichen Struktur beiträgt, wollen wir konsequent Leistungen für Klima, Umwelt, Biodiversität, Gesundheit – und damit für das Gemeinwohl – entlohnen. Öffentliches Geld soll es für öffentliche Leistungen geben.

Erzeugerorganisationen wollen wir stärken, um die Marktmacht von Erzeuger*innen gegenüber Verarbeitung und Lebensmitteleinzelhandel zu erhöhen. Denn in Preisverfall und -volatilität liegen die Hauptsorgen der Landwirt*innen begründet. Die Junglandwirteförderung, insbesondere für Quereinsteiger*innen und Frauen, wollen wir ausbauen.

6. *Nach der Ablehnung der SUR: Wie wollen Sie eine einheitliche europäische Regelung des Einsatzes und der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln umsetzen und wie wird dies mit der angestrebten Erhöhung des Selbstversorgungsgrades von pflanzlichen Erzeugnissen in der EU in Einklang gebracht?*

Wir wollen, dass weiter an einer mehrheitsfähigen Pestizidverordnung gearbeitet wird. Die Europäische Union muss Kurs halten gemäß ihren Klima- und Biodiversitätszielen, dafür ist die Pestizidreduktion ein Kernstück. In der nächsten Legislatur muss daher ein ambitionierter, neuer Vorschlag der SUR seitens der Kommission vorgelegt werden. Eine Erhöhung des Selbstversorgungsgrades von pflanzlichen Erzeugnissen in der EU ist mit einer Pestizidreduktion vereinbar, vor allem dann, wenn wir landwirtschaftliche Produkte weniger für Tierfutter und Pflanzenkraftstoffe einsetzen. Artensterben und Klimawandel bedrohen massiv die landwirtschaftliche Produktion, die Ökosystemdienstleistungen und damit die Ernährungssicherheit. Stabile agrarökologische landwirtschaftliche Systeme liefern sowohl Klimaanpassung als auch den Schutz der Artenvielfalt und ein hohes Maß an Nahrungsmittelsicherheit. Es geht nicht um Höchstserträge, es geht um Stabilität.

7. *Mit welchen Maßnahmen werden Sie für Wettbewerbsgleichheit im europäischen Binnenmarkt sorgen (Level Playing Field) insbesondere im Bereich der Standards von Tierhaltung und Tiertransporten, bei Regelungen zum Tierwohl und einer einheitlichen Herkunftskennzeichnung tierischer Erzeugnisse?*

Es ist wichtig, dass der teilweisen Renationalisierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), die zu Wettbewerbsverzerrungen führt, gerade beim Tierschutz wieder einheitlichere Standards auf EU-Ebene entgegengestellt werden. So müsste schnellstmöglich EU-weit eine flächengebundene Tierhaltung verpflichtend sein. Damit wäre nicht nur dem Klima, sondern auch dem Tierwohl gedient. Dabei wollen wir die landwirtschaftlichen Betriebe unterstützen. Eine naturgemäße Weidehaltung sehen wir als integralen Bestandteil unserer vielfältigen Landschaften. Die industrielle Tierhaltung dagegen schafft großes Tierleid und gefährdet essenzielle Lebensgrundlagen und die Gesundheit der Menschen. Deshalb soll Tierschutzförderung für die Mitgliedstaaten verpflichtend sein. Wir wollen zusätzliche Anreize für extensive Weidehaltung schaffen. Ein sich weiter entwickelnder ökologischer Landbau, der schon große Leistungen beim Tierschutz gebracht hat, soll das Leitbild der europäischen Agrarpolitik werden. Wir brauchen eine deutliche Reduzierung von Lebetiertransporten, eine Begrenzung der Langstreckentransporte auf maximal acht Stunden und ein Ende von Tiertransporten in Drittstaaten außerhalb des Schengen-

Raums. Das stärkt europaweit auch die lokale Verarbeitung. Die Kommission muss daher ein Tierschutzpaket vorlegen, das diesen Namen auch verdient, dafür setzen wir uns ein.

8. Welchen Beitrag soll die Europäische Union leisten, um die Digitalisierung und die Vernetzung in der Landwirtschaft voranzutreiben, diese rascher zu etablieren und damit innovative Neuentwicklungen zu fördern?

Angesichts der großen ökologischen Herausforderungen in der Landwirtschaft sind wir auch auf weitere Innovationen angewiesen. Wir wollen die Digitalisierung in der Landwirtschaft nicht den großen globalen Playern überlassen, sondern uns für kleine smarte Techniken einsetzen, die mit einer hohen Anbauvielfalt klarkommen. Wir wollen dabei die Rechte der Landwirt*innen schützen, wenn es um die von ihnen erhobenen Daten und um den Zugang zu der Software ihrer Maschinen geht („right to repair“). Was oft übersehen wird: Die wichtigste Digitalisierung in der Landwirtschaft ist die Vernetzung und Wissensvermittlung, sie ist mindestens so wichtig wie die auf dem Acker.